

# A26-Protest in Dammhausen: Klage nur als letzte Maßnahme

Land, Kreis und Stade Buxtehude kommen Dammhauser Bürger beim A26-Streit entgegen



Volles Haus: Die 80 Besucher der Infoveranstaltung waren einstimmig dafür, gegen die A26-Öffnung zu klagen, die Klage aber ruhen zu lassen (Foto: tk)

**tk. Dammhausen. Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt: Dieser alte Anarchospruch trifft auf den Widerstand der Dammhauser gegen die Verkehrsbelastung durch die A26-Öffnung zu. Gegen den Zubringerverkehr als Folge der Autobahnöffnung haben sich die Bürgerinnen und Bürger, organisiert in einer Bürgerinitiative (BI), erfolgreich gewehrt. Land, Kreis und Stadt Buxtehude kommen den Dammhausern jetzt mit einem Maßnahmenpaket entgegen. Die BI wird zwar gegen die A26-Freigabe klagen, aber diese Klage ruhen lassen.**

Am Dienstagabend hatten sich Bürger, BI-Vertreter, Kreisbaurat Hans-Hermann Bode, Buxtehudes Bürgermeisterin Katja Oldenburg-Schmidt sowie Fachbereichsleiter Ralf Dessel in Lemmermanns Gasthaus getroffen, um den Stand der Dinge zu erörtern. BI- und Behördenvertreter sprachen von einem "guten und konstruktiven Dialog", der in den vergangenen Wochen geführt wurde.

Das ist der Hintergrund: Drei Mal hat der Landkreis Stade 2015 eine Verkehrszählung durchgeführt. Die erste Zählung im Januar nach der Teilöffnung der A26, die zweite im Sommer und die dritte im Oktober. Da war die Autobahn komplett offen. Im Januar sind in einer Woche 47.440 Autos, Lkw und Busse durch Dammhausen gefahren. Im September waren es schon 55.000 und im Dezember schließlich 65.500. An die Gewichtsbeschränkung von 3,5 Tonnen halten sich zudem nur wenige Lkw-Fahrer.

Das Überqueren der Straße sei, besonders für Kinder, viel zu gefährlich. An dieser Stelle setzt der Kompromissvorschlag an: Drei zusätzliche Ampeln - die Bushaltestellen werden an deren Standorte verlegt - und ein kombinierter Rad- und Fußweg auf der Südseite sollen Dammhausen sicherer machen.

Kreisbaurat Hans-Hermann Bode ist sicher, dass das Land die Finanzierung des Radwegsbaus übernimmt. Entsprechende Signale habe es schon gegeben.

Weil die Baumaßnahmen - einschließlich der neuen Ampeln - nicht vor 2017 umgesetzt werden, wird die Stadt zu Beginn des neuen Schuljahrs drei Bedarfsampeln aufstellen. Dieser Vorschlag der Bürgermeisterin kam bei den Bürgern gut an.

BI und Behörden wollen im Gespräch bleiben. Bei den Planungen, etwa für die Ampelstandorte, können alle Dammhauser mitwirken. Die Klage gegen die Autobahnöffnung wird erst dann wirksam, wenn die geplanten Maßnahmen nicht umgesetzt werden. Sie ist, sagt BI-Sprecher Tödter, nur der Sicherheitsausgang. Was ihn beeindruckte: Alle 80 Besucher der Veranstaltung haben für diesen Weg gestimmt.